

# Danziger Zeitung

(Auslage über 10 000.)

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

(Auslage über 10 000.)

Nr. 21209.

1895.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Haupt-Expedition, Setterhagergasse 4, bei sämtlichen Abholstellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2.25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepaltenen gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inserieren entsprechender Rabatt. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

## Zwangsvorsteigerung von Landgütern im Winter.

Bei der Berathung des Justizrats im Abgeordnetenhaus hat u. a. Abg. Rickert auf zwei Mißstände aufmerksam gemacht, welche sich bei der Zwangsvorsteigerung von Gütern herausgestellt haben, die den früheren Besitzer in ungerechter Weise schädigen und noch für die Zukunft belasten. Einmal handelt es sich um die persönliche Haftbarkeit des Grundstücksbesitzers für den Verlust, den der Gläubiger an den Hypotheken bei der Zwangsvorsteigerung selbst erleidet und dann um die direkte Schädigung des Besitzers bei der Vorsteigerung. Beide Punkte hat Herr Georg Gerson-Berlin in den Mitteilungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom 5. Dezember 1894 im Auftrage der Landeskulturbabteilung eingehend beleuchtet. Bezuglich des ersten Punkts bat der Justizminister Schönstedt erklärt, es seien Erwägungen im Gange.

Es kann in der That nicht zweifelhaft sein, daß die unbedingte persönliche Haftbarkeit des Besitzers in vielen Fällen eine Härte ist, die jedermann als Ungerechtigkeit erkennen muß. Wenn der Gläubiger, auf dessen Antrag die Zwangsvorsteigerung erfolgt, das Gut zu einem Preis erwirbt, der hinter der Gesamtheit seiner Forderung zurückbleibt — was die Regel ist, wenn die in seinen Händen befindlichen Hypotheken die Hälfte des Wertes übersteigen, so bleibt der Besitzer dem neuen Eigentümer für den Rest der Hypothek verpflichtet. Verkauft nun der neue Eigentümer nach einiger Zeit das Gut zu einem höheren Preise, ist er also durch den Verkauf für alle seine Forderungen bedacht, so bleibt der erste Besitzer haftbar für eine Hypothekenschuld, die tatsächlich nicht mehr existiert; gelangt er durch Erfolglosigkeit oder sonstwie wieder zu Vermögen, so kann der erste Käufer ihn gleichwohl zur Bezahlung des bei der Zwangsvorsteigerung verbliebenen Ausfalls zwingen, obgleich derselbe aus dem Weiterverkauf bereits für diesen Ausfall gedeckt ist. Hier könnte Abhilfe geschaffen werden durch eine Bestimmung, wonach die Haftbarkeit des früheren Besitzers für die Ausfälle bei der Zwangsvorsteigerung in solchen und ähnlichen Fällen beschränkt wird.

Bezuglich des ersten Punkts — der ungenügenden Vorbereitung der Zwangsvorsteigerung ländlicher Grundstücke — hat der Justizminister auf das bürgerliche Gesetzbuch verwiesen. Es ist einleuchtend, daß der Besitzer schwer geschädigt wird, wenn einmal der Termin für die Zwangsvorsteigerung nicht in weiteren Kreisen bekannt wird und wenn ferner der Termin in die Wintermonate fällt, in denen eine Beurtheilung des Wertes der Grundstücke selbstverständlich sehr erschwert, wenn nicht unmöglich ist. Wero, sagt Herr Gerson, genötigt wird, ein Gut im Winter zu verkaufen, muß sich sein Risco bezahlen lassen, d. h. er wird, wenn er nicht leistungsfähig ist, nur dann zugreifen, wenn der Kaufpreis unter dem Werthe bleibt, den vorhandene fremde Taten, Grundsteuerreintrag und sonstige Erkundigungen vermuten lassen. Eine durchgreifende Abhilfe wird sich in dem von dem Verfasser vorgeschlagenen Sinne allerdings nur

auf dem Wege der Abänderung des Gesetzes erzielen lassen, und zwar durch die Bestimmung, daß Landgüter in den östlichen Provinzen nur zwischen dem 15. Mai und 1. November zur Zwangsvorsteigerung kommen dürfen und daß der Vorsteigerungsstermin von Grundstücken über einen gewissen, näher zu bestimmenden Werth hinaus nicht nur in den Amts- oder Kreisblättern, sondern auch im „Staatsanzeiger“ und in einer Anzahl größerer politischer Zeitungen in gewissen Zwischenräumen veröffentlicht werden dürfen. Injedem aber ließe sich den schlimmsten Uebelständen, provisorisch wenigstens, wohl auch auf dem Verwaltungsweg abhelfen. Mr. Gerson macht darauf aufmerksam, daß die Berliner Amtsgerichte und die der Vororte, z. B. Charlottenburgs, jetzt schon Zwangsvorsteigerungen, obgleich es sich in der Mehrzahl der Fälle nur um Häuser handelt, auch in politischen Zeitungen und längere Zeit vorher anhündigen. Nach dem genannten Gesetze steht es dem Gericht frei, den Vorsteigerungsstermin auf 6 Wochen bis 3 Monate, unter Umständen auf 6 Monate festzusetzen. In den bei weitem meisten Fällen würde das Gericht es in der Hand haben, die Zwangsvorsteigerung so anzusehen, daß die Besichtigung des ländlichen Grundstückes nicht gerade in vegetationsloser Zeit stattfinden muß. Bis zur Aenderung des Gesetzes würde es sich dringend empfehlen, wenn die Gerichte von ihrer Befugnis einen so ausgedehnten Gebrauch machen, daß die von Herrn Georg Gerson geschilderten Uebelstände möglichst vermieden werden.

## Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht)

\*\* Berlin, 20. Februar.

Der Reichstag war heute seit langer Zeit wieder in beschlußfähiger Zahl versammelt. Das kam daher, weil das Centrum mit Rücksicht auf den Justizantrag fast vollständig zur Stelle war. Derselbe wurde (wie im Abendblatt bereits telegraphisch mitgetheilt) nach kurzer Besprechung durch den Abg. Grafen Hompesch mit großer Majorität angenommen. Eine lebhafte Debatte erregten die Anträge betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten, namentlich illustrierten die Abgeordneten Richter und Pachnicke sehr treffend die Verhältnisse in Mecklenburg. Was die Debatte besonders interessant machte, war ein Zwischenfall, der in der Geschichte unseres Parlamentes sehr vereinzelt dasteht. Es wurde nämlich einem Regierungsvertreter durch den Präsidenten eine Rüge ertheilt und zwar dem mecklenburgischen Bundesbevollmächtigten v. Derken, welcher in Ermangelung sachlicher Gründe die Bemerkung eines Mitgliedes des Reichstages als eine solche charakterisiert hatte, die allem Anstandsgefühl sohn spräche. Dass der Präsident seines Amtes so rücksichtslos waltete, berührte allgemein sehr wohlthuend.

Bella, du willst doch nicht dem schändlichen Mädchen bei ihren hinterlistigen Plänen Vorschub leisten? Vergiß nicht, daß sobald Sholto heiratet, Peters Aussichten, einst Besitzer von Legh Place zu werden, dahin sind.“

„Es ist durchaus nicht mein Wunsch, daß sie sich heirathen, aber damit hat es noch gute Weile. Sholto ist sich dessen noch nicht bewußt, daß er sie liebt, und wir müssen Sorge tragen, daß er es auch ferner nicht merkt. Sei ja nicht unfreudlich gegen Bettie — das hieße, sie ihm in die Arme treiben. Aber schicke sie nicht jeden Abend mit dem Thee hinunter, sondern las das durch einen Bedienten besorgen, sonst will ich es thun.“

Diese Worte überzeugten ihre Schwiegermutter von dem Ernst der Sachlage. Bella würde sich nie ausgerafft haben, ihre eigenen Dienste anzubieten, wäre sie nicht ziemlich sicher gewesen, daß für ihren Sohn Legh Place auf dem Spiele stände.

„Weshalb hast du mich nicht schon eher gewarnt?“ fragte Frau Jane, Thränen des Ärgers in den Augen.

„Bis heute wußte ich selbst nicht recht, wie viel an der Sache sei, aber als Sholto sich beim Frühstück in den Finger schnitt, und Bettie ihn verband, wurde es mir klar durch den Blick, mit dem er sie ansah.“

„Man könnte ebenso gut verge verzeihen wollen, wie Sholto von etwas abbringen, was er sich in den Kopf gesetzt hat.“

„In den Kopf gesetzt hat? Er denkt eben nur, daß er sie gern hat, und wäre der erste, es abzuleugnen, daß er verliebt sei. Aber las bitte keinen von beiden von deinem Argwohn etwas merken, las sie nur möglichst wenig zusammenkommen. Wann trifft Graf Chansford ein?“

„Morgen.“ „Gut, den las ihr standigen Gefährten sein. Die arme Bettie! Sie thut mir leid, aber ich glaube nicht, daß sie bis dahin wärmere Gefühle für Sholto hat. Ich habe mir so fest eingesetzt, daß Peter Legh Place einsterben würde, und nun —“

„Wenn Sholto heirathet, müssen wir fort. Außerdem bin ich überzeugt davon, daß er mit dieser Intrigantin nicht glücklich werden würde. Das abscheuliche Ding! Und ich habe sie so ver-

lehnt, und zwar der Antrag Auer gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der Antrag Ander gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen und der Antrag Pachnicke gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen, Antisemiten und die überwiegende Mehrheit der Nationalliberalen.

In vorgerückter Stunde wurde dann noch in die Berathung des Antrages hine eingetreten, der eine Enquete über die Wirkung der Beschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen verlangt, doch wurde die Discussion um 5<sup>1/4</sup> Uhr abgebrochen. Morgen steht die erste Lesung des Tabaksteuer-Gesetzwurfs auf der Tagesordnung.

Mecklenburgischer Bundesbevollmächtigter von Derken bleibt auf der Tribüne fast unverständlich. Er wendet sich gegen die neulichen Ausführungen der Abg. Richter und Pachnicke und bemerkt, Richters historische Darstellungen seien falsch. Redner schließt, das Reich handle geschwadronisch, wenn es seine Kompetenz erweiterte.

Abg. Richter (freis. Volasp.) weiß darauf hin, daß nicht einmal der conservative Abgeordnete v. Buchha bestritten habe, daß das Reich berechtigt sei, seine Kompetenzen zu erweitern, und bedauert, daß die mecklenburgische Erbweisheit noch nicht zu dieser Erkenntniß gelangt sei. Dass es nothwendig ist, auch in Mecklenburg die feudale Grundlage der Verfassung zu beseitigen, das haben bei früheren Gelegenheiten selbst conservative Reichstagsmitglieder zugegeben. Der mecklenburgische Bundesbevollmächtigte führt über diese Frage eine so spöttische Sprache, wie sie dem Vertreter eines in der Cultur so zurückgebliebenen Landes am wenigsten geziemt. Er veruft sich auf zahlreiche Zustimmungen, die ihm nach seiner ersten Rede zugegangen seien. Aber was haben anonyme Zusendungen für einen Werth, wenn man den Absender nicht kennt. Bei den letzten Reichstagswahlen sind in Mecklenburg nur 33 000 conservative Stimmen abgegeben worden, dagegen 67 000 Stimmen in unserem Sinne. Mr. v. Derken bemängelt auch die literarische Quelle, aus der ich gelöpt habe. Nun, ich habe ein Buch benutzt, was mir in der Bibliothek als das beste über mecklenburgische Verhältnisse bezeichnet wurde, nämlich das dem Großherzog Franz Friedrich gewidmete Werk von Hirsel. Redner wendet sich dann gegen die neulichen Ausführungen der Abgeordneten Richter (conf.) und Nauck (Reichsp.). Vertreter für Mecklenburg-Strelitz und geht auf die Verhältnisse in Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz ein. Mecklenburg-Strelitz hat sich nie aus dem Reiche etwas gemacht. Im Jahre 1866 konnte es z. B. sein Militärcontingent nicht stellen, weil die Münzen nicht fertig gestellt werden konnten. (Heiterkeit.) Früher hatte es auch eine Heeresverfassung. Für die Festungen waren da 5 Thaler ausgeworfen. Das wurde erst geändert, als ich das einmal hier zur Sprache brachte. Der Herr Nauck hat mit großer Emphase

betont, daß Fürst und Volk in Mecklenburg einmütig zusammenstehen. Wenn aber im Jahre 49 nicht drei Schwadronen Pajewalker Kürassiere der Sireliker Regierung zu Hilfe gekommen wären, dann wäre es damals mit der ganzen Sireliker Herrlichkeit zu Ende gewesen (Heiterkeit), und wenn dort nicht so viele uneheliche Kinder geboren würden, dann wäre die Bevölkerung von Sireli längst ausgestorben. (Oho! rechts. Heiterkeit links.) Mit der Militärherrlichkeit ist ohnehin bald aufgeräumt worden. Schließlich wendet sich Redner gegen den Abg. Herrn v. Frege, der als Berufsdörfler noch leidenschaftlicher für die feudale Verfassung Mecklenburgs eingenommen sei, als die mecklenburgischen Ritter, die ihre Ahnenprobe bestehen könnten. Wenn der Abg. v. Frege dem Kaiser für die Errichtung eines Bismarckdenkmals gedankt hat, so danke ich dem Kaiser dafür, daß er der Ranzlerautokratie Bismarcks im Jahre 1890 ein Ende gemacht hat. (Beifall links.)

Abg. v. Buchha (conf.): Für die Art und Weise, wie Herr Richter die mecklenburgischen Verhältnisse schildert, fehlt es mir an einem parlamentarischen Ausdruck. (Richter ruft: Ihnen fehlt manches andere auch.) (Heiterkeit.) Auf den Abg. Richters Ausführungen will ich nicht näher eingehen. Die Kompetenz des Reichstages in dieser Frage befreite ich nicht, aber ich bestreite die Nothwendigkeit des Antrages Pachnicke, denn die mecklenburgischen Verhältnisse sind gut und haben sich durchaus bewährt. Wenn Herr Richter von 67 000 Wählern spricht, die in Mecklenburg in seinem Sinne gestimmt hätten, so rechnet er die sozialdemokratischen Wähler mit hinein. Das ist aber nicht richtig, denn die Ziele der Socialdemokraten gehen ganz wo anders hin, als auf eine constitutionelle Verfassung. (Beifall rechts.)

Abg. Pachnicke (freis. Verinig.): Von Seiten der mecklenburgischen Vertreter sind Kleinigkeiten in den Vordergrund der Debatte gestellt worden, so das Bauernlegen, die Wahlstatistik u. s. w. Die Herren klammern sich jedoch an einen Strohalm. Aber warum sie eigentlich dem Lande keine Verfassung geben wollen, darüber schweigen sie sich aus. Ohne Verfassung ist ein politischer Fortschritt nicht möglich. Herr v. Derken hat sich ausdrücklich auf Zustimmungskundgebungen berufen, die ihm aus dem Volke zugegangen sind. Ich glaube, die mir zugegangenen Zustimmungen sind erheblich zahlreicher, auch von Seiten mecklenburgischer Bauern. Einer darunter föreibt z. B.: „Ich halte einen solchen Conservativen für gefährlicher als 100 Socialdemokraten. (Oho rechts). Dass die mecklenburgische Verfassungsfrage in Mecklenburg keinen Boden mehr findet, sagt man hier im Hause. Die Rostocker Versammlung aber, die vor wenig Tagen stattfand, hat das Gegenteil bewiesen, es herrsche dort ein unbeschreiblicher Enthusiasmus. Politische Rechtslosigkeit lädt sich auf die Dauer auch der ruhigste Mecklenburger nicht gefallen. Der badische Bundesbevollmächtigte hat sich früher im Bundesrat ausdrücklich für einen Reichstagsbeschluß in dieser Richtung ausgesprochen und Herr v. Derken wird doch seinem Collegen nicht eine Geschwindigkeit imputieren. Herr v. Buchha dreht einfach den Spieß um und meint, der Parlamentarismus

jogen! Biellekt wird sie um Chancors willen Sholto den Laufpass geben; er ist zwar keine so gute Partie, aber ein Grafenittel fällt immer in die Wage.“

„Seien wir ein, daß wir dem Liebesgetändel keinen Riegel vorziehen können, so bleibt uns noch immer, sie fortzuschicken, was wir indeß so lange wie möglich vermeiden müssen. Wer ist Sholto's Lieblingscousine? Netta Bavarour. Wir müssen sie gleich zu längerem Besuch einladen — das wird vielleicht eine Ablenkung sein.“

„Ich kann Netta nicht ausstehen“, versetzte die alte Dame finster.

„Liebste Mutter, was wäre dir unangenehmer?“

— Netta ein paar Wochen hier zu haben oder Bettie Lysle immer, und zwar als Herrin hier zu behalten?“

„Ich glaube nicht, daß die Sache schon so weit gediehen ist, Bella.“

„Du wirst ja sehen“, erwiderte die junge Frau.

„Wie schrecklich spät sie kommen“, rief die alte Dame ärgerlich.

„Ich glaube, ich höre sie“, meinte Bella gähnend. Noch während sie sprach, trat die Erwarteten in's Zimmer. Peter zuerst, dann Bettie, deren Wangen eine entzückende Färbung zeigten, wohl in Folge des kalten Windes oder einiger Worte, die ihr auf dem Flur eben zugesflüstert worden zuletzt Sholto.

„Ich wünsche, daß Sie sich pünktlich zum Thee einfinden, Fräulein Lysle“, sagte Frau Jane in scharfem Tone, bei dem Bettie, die von der förmlichen Anrede „Fräulein Lysle“ überrascht war, bestellt aufblieb.

„Es tut mir leid, gnädige Frau, wir sind weiter gegangen, als wir beabsichtigten.“

„Es war meine Schuld, Mutter. Ich verlaßte sie zu einem Umwege, da ich dem Wilhüter eine Bestellung zu machen hatte. Befehlen Sie Zucker, Fräulein Lysle? Wie viel Stücke — eins, zwei, drei oder vier?“

„Sholto, du verdorbst Fräulein Lysles Thee. Lysle soll sich selbst Zucker nehmen. Mann kommt der Graf, morgen?“

„Ausz vor Tische. Nehmen Sie von diesem Auchen, Fräulein Lysle, ich kann ihn empfehlen.“

„Was willst du übermorgen mit ihm vornehmen, Sholto?“

„Mit ihm auf die Jagd gehen, denke ich; es findet ein Fuchstreiben in der Nähe statt. Wollen Sie uns begleiten, mein Fräulein?“

„Wie kannst du solch' alberne Frage stellen, Sholto? Fräulein Lysle muß in den Morgenstunden Peter unterrichten.“

Bettie wandte sich verwundert nach Frau Jane um. Bisher hatte jede Entschuldigung genügt, um die Stunden aufzuheben. Bettie war es, die Einwendungen gegen die beständigen Ferien erhoben hatte, und die Großmutter ihres Jünglings hatte sie angeordnet.

„Peter wird nicht alzu traurig sein, wenn er einmal keinen Unterricht hat, nicht wahr, mein kleiner Burgle?“

„Unsinn, Sholto! Peter muß seine Arbeit thun, wie es sich gehört; er hat schon alzu viele freie Tage in der letzten Zeit gehabt.“

„Ja, ich werde Peter keine Ferien mehr geben“, sagte Bettie, um dem Hin- und Herreden ein Ende zu machen.

„Das freut mich, liebste Bettie, ich hasse Ferien!“ rief die Kleine und kletterte ihr auf den Schoß.

„Du sollst deine Erzieherin nicht „Bettie“ anreden. Nenne sie „Fräulein Lysle“, verwies seine Großmutter ihr gereizt.

Die Art und Weise, in der ihr Sohn sich um das gefährliche Mädchen bemühte, hatte sie verstimmt. Er bot ihr Zucker, Rahm, Butterbrödchen und Äpfel an und ließ sich schließlich in einem Gesell an ihrer Seite nieder. Frau Jane hatte ihn ähnliche Aufmerksamkeiten seinen Cousins erzeigen sehen, aber seine Artigkeit gegen Bettie hätte eine Wärme, ein gemischt Etwas, daß die Mutter bisher nie an ihm bemerkte. An dem, was Bella ihr erzählt, mußte wirklich etwas sein.

Bettie trank ihren Thee schnell aus und verließ das Zimmer. Sie hatte die Empfindung, als läge ein Gewitter in der Luft, oder sollten die Worte der jungen Witwe schon in Erfüllung gehen? Würde Frau Jane ihrer schon überdrüssig? Vielleicht war es nur eine vorübergehende Verstimmung, weil sie sich verspätet hatten. Sie hätten sich rechtzeitig einfinden sollen, aber es war Herrn Janes Schuld; er hatte sie veranlaßt, so viel weiter zu gehen, als sie ursprünglich beabsichtigt. Das junge Mädchen lächelte bei der Erinnerung an jenen Spaziergang. (Forts. K)

se niedergangen und wir mühten abwarten, bis wir uns auf der Höhe der mecklenburgischen Ständeversammlung befänden. Die mecklenburgischen Stände ragen aber nur als verwitterte Ruinen aus der Vergangenheit in die heutige Culurzeit hinein. Möglicher Weise werden Sie ja heute den Antrag mit Hilfe des Centrums zu Fall bringen; andererseits aber sind die Freunde des Antrages 160 bis 170 Mann stark und im nächsten Reichstag werden wir vielleicht die Mehrheit bekommen. Wir werden inzwischen in Mecklenburg selbst die Bestrebungen, die der Antrag verfolgt, fördern und es sind alle Anzüglichkeiten dafür vorhanden, doch dort eine Verfassungsbewegung in Gang kommt. (Beifall links.)

Abg. Graf Bernstorff-Uelzen (Welfe) schließt sich den neulichen Ausführungen des Centrumsabgeordneten Dr. Lieber an und verteidigt die mecklenburgische Rechtspartei gegen die Vorwürfe, die der Abg. v. Buchholz erhoben hat. Wenn es wahr ist, daß Mitglieder der Rechten erklärt haben, Verträge halten wir, wie es uns paßt, und wenn sie die Vorgänge des Jahres 66 nicht für einen Rechtsbruch halten, dann sagen wir mit Recht, sie urtheilen nach dem momentanen Erfolg und nicht nach dem wirklichen Erfolg, der die alleinige Quelle einer gesunden Politik ist. Wir lehnen die Anträge ab, weil wir sie für einen unzulässigen Eingriff des Reichstages in die Rechte Mecklenburgs halten.

Abg. Singer (Soc.) spricht für den Antrag. Abg. Winterer (Elsässer) ist gegen den Antrag, weil er und seine Freunde nicht wollen, daß das Reich in die Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten eingreifen darf.

Bundesbevollmächtigter v. Derhen: Ich muß Verwahrung einlegen gegen die empörenden Bezeichnungen des Abg. Richter, welche allem Anstandsgefühl höhn sprechen. (Lauter Zwischenrufe links: Zur Ordnung! Die Rufe wiederholen sich, so daß einige weitere Worte des Redners verloren gehen.)

Präsident v. Levetow: Ich muß mein lebhaftes Bedauern aussprechen, daß vom Bundesrathusche soeben Äußerungen gefallen sind, die mit der Ordnung in diesem Hause nicht in Einklang zu bringen sind. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Lieber (Centr.) spricht aus den aus seinen früheren Reden bekannten Gründen gegen den Antrag.

Damit ist die Debatte beendet; nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen den Abgeordneten v. Freye und Richter wegen des Bismarck-Denkmales wird zur Abstimmung geschritten, welche das oben erwähnte Resultat ergibt. Alsdann folgt die Beratung des Antrages Hiltz.

Abg. Hiltz (Centr.) begründet seine Antrag.

Gaatssekretär Dr. v. Bötticher erwidert, der Wunsch des Antragstellers, auf ein geordnetes Familienleben bei den Arbeitern hinzuwirken, verdiene alle Unterstützung. Der Minister sei demselben bereits entgegengekommen und habe ein Kundschreiben an die Regierungen erlassen, und die Erhebung über die Materien angeordnet. Der von den Regierungen umhergesandte Fragebogen erschöpfe alle Desiderien des Antragstellers. Eine generelle Enquete nach dem Antrag Hiltz sei nicht empfehlenswert; es seien verschiedene Gewerbe herausgegriffen worden, in denen die Mißstände notorisch sind.

Abg. Schalt (conf.) ist gegen den Antrag. Er ist zwar mit der Tendenz des Antrages einverstanden, aber nach der Erklärung des Staatssekretärs habe derselbe keine praktische Bedeutung mehr. Redner polemisiert scharf gegen die Socialdemokratie, die mit ihren Bestrebungen der Frau kein Glück brächten. Das Glück der Frau würde nur im Boden des Christenthums. Nachdem noch Abg. Möller (nat.-lib.) gegen den Antrag gesprochen, wird die Sitzung um 5/4 Uhr geschlossen.

Berlin, 20. Februar. In der Budgetcommission legte heute bei der Beratung des Marinelets Abg. Potschnick (frei. Vereinig.) die Schädigungen dar, welche frühere Deckoffiziere, die inzwischen in die Stellung von Marinebeamten übergetreten sind, nach Erlass der Militärpensionsnovelle im Vergleich zu den später übergetretenen Beamten erfahren haben. Der Regierungsvertreter erklärt, daß sich hier schwerlich Remedien ergeben lassen, da eine Durchdringung des Pensionsgesetzes zu Gunsten einer einzelnen Kategorie Consequenzen auch für andere Kategorien nach sich ziehe. Abg. Lieber (Centr.) beantragt, von den 12,5 Millionen für Indiensthaltung der Flotte (gegen das Vorjahr 1 571 923 Mark mehr) mit Rücksicht auf die Finanzlage 1 Million abzustreichen. Staatssekretär Hollmann befürwortet die Bewilligung des ganzen Betrages.

Auf eine Anfrage über die Verwendung der „hohenzollern“ erklärt Staatssekretär Hollmann, daß das Schiff stets zur Verfügung des Kaisers bereitstehen müsse, so daß sich eine zeitweilige Auferdienststellung kaum ermöglichen lasse. Was die nach Potsdam commandirten Leute anlange, so sei diese Angelegenheit bereits in früheren Staatsdebatten genügend erörtert. Diese Leute könnten nicht zurückgezogen werden. Es seien im ganzen nur 12–18 Mann.

Staatssekretär v. Marschall erklärt, eine Erspartnis im auswärtigen Dienste sei unmöglich. Die Ausgaben hierfür würden sich vielmehr künftig noch vermehren, sowohl in Folge der chinesisch-japanischen Verwicklungen als auch mit Rücksicht auf die überseeischen Interessen.

Darauf wurde die Discussion abgebrochen.

Berlin, 20. Februar. Die Umsturzcommission lehnte heute mit 15 gegen 12 Stimmen Absatz 2 des § 126 der Regierungsvorlage betreffend die Bestrebungen auf gemeinsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung, sowie sämmtliche Anträge zu § 126 ab und nahm schließlich mit 19 gegen 8 Stimmen den Absatz 1 des § 126 betreffend die Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung eines Verbrechens an.

Berlin, 20. Februar. Die Reichstags-Commission für das Flöhreigesetz erledigte heute das Gesetz in erster Lesung. Es wurde ein conservativer Antrag angenommen, wonach an Sonn- und Festtagen der Flöhrebetrieb zu ruhen hat.

## Preußisches Abgeordnetenhaus.

(Telegraphischer Bericht.)

■ Berlin, 20. Februar.

(Fortsetzung des Berichtes aus der Abendnummer.) Das Abgeordnetenhaus beendigte heute die erste Beratung des Tempelsteuergesetzentwurfes, wobei die Opposition gegen dasselbe noch schärfer zum Ausdruck kam wie gestern. Namentlich der frühere Fraktionsgenosse des Finanzministers Miquel, der national liberale Abgeordnete v. Eynern, hat sich durch seine sehr abfällige Kritik hervor. Schließlich wurde die Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen. Um 3/4 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr; auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Abg. Kamp (Reichsp.) fortfahrend: Redner spricht sich gegen die Besteuerung der Sicherungspolizei aus und wünscht Befreiung des Fideicommissstempels und des Immobilientempels für ländlichen Grundbesitz, dagegen sei der Immobilientempel bei städtischem Grundbesitz nach seiner Meinung aufrecht zu erhalten, da er geeignet sei, dem Bauschwindel in den Städten entgegenzutreten. Dem vom Abg. Richter erwähnten Erlaß des Fideicommissstempels des früheren Ministers Lucius stellt er den Erlaß des Stempels bei den Berliner Rieselgütern gegenüber.

Finanzminister Dr. Miquel: Ich habe die gestern vom Abgeordneten Richter gewünschten Erhebungen nicht nötig gefunden geglaubt. Ich weiß, daß mir der Rath eines tüchtigen technischen Fachmannes mehr werth ist, als die Gutachten interessierter Körperschaften. Oder soll man vielleicht zur Beratung einer Brauerei nur einen Brauereibesitzer als Sachverständigen zu ziehen?

Herr Richter thut mir zuviel Ehre an, wenn er mir die Erfindung der Titelsteuer zuschreibt. Diese Steuer besteht bereits und wird nur dank der Freigiebigkeit der Krone zur Staatskasse vereinnahmt. Sie ist nur dadurch gemildert worden, daß dem König das Recht zusteht, diese Steuer zu erlassen, ein Recht, das stets bestanden hat und das zu beweiseln kein Ministerium sich herbeilassen wird. (Bravo! rechts.) Herr Richter hat gestern übertrieben bei der Mietshsteuer, die er ungerechterweise als die frühere Berliner Mietshsteuer bezeichnete. Die letztere hat 14 Millionen eingebracht. Die im Stempelsteuergesetz vorgeschlagene Mietshsteuer bringt aber im ganzen Staat kaum eine Million ein. Wenn ich alle hier geschilderten Erleichterungen zugestehen wollte, so würde eine sehr große Minderaufnahme herauskommen. Es sind zwar keineswegs mit dem Gesetz erhebliche Mehreinnahmen beabsichtigt, doch wenn sie eintreten, dann schadet es auch nichts, zumal die Einkommensteuer sehr wider alle Erwartungen seit den letzten drei Jahren sich in rückläufiger Bewegung befindet.

Abg. Reichardt (nat.-lib.) bekämpft namentlich die Besteuerung der Kauf-, Lieferungs- und Gesellschaftsverträge. Der Finanznot abzuheben, sei Sache des Reiches und erst wenn dieses verfügt, muß Preußen zunächst durch eine Conversion und dann erst durch eine neue Steuer wie diese Stempelsteuer helfen.

Abg. v. Dallwitz (conf.) ist im Prinzip mit der Vorlage einverstanden, aber gegen verschiedene Einzelheiten, namentlich gegen die Stempelsteuer auf Kauf- und Lieferungsverträge.

Abg. Dasbach (Centr.) ist besonders gegen die Besteuerung der Sicherungspolizei und der mündlichen Mietshverträge.

Abg. v. Eynern (nat.-lib.) spricht sich entschieden gegen die Vorlage aus, weil sie nicht eine Stempelsteuerregulierung, sondern ein neues Steuergesetz sei, das eine schwere Belastung mit sich bringt, welche ca. 15–24 Millionen betragen wird.

Redner fragt, ob denn in dem Zeitalter des Verkehrs, in dem wir leben, die Belästigung des Verkehrs die Aufgabe des Staates sei. Abgeordneter Richter stellt als Freisinniger die Abneigung gegen die Orden; die Herren sollten aber nicht vergessen, daß sie sehr zufrieden waren, als unter Kaiser Friedrich einige ihrer Gesinnungsgenossen mit Orden dekorirt wurden. Redner weist dann ausführlich die Belästigung des Handels und Verkehrs an den einzelnen Positionen nach und fragt den Finanzminister Dr. Miquel, ob die betreffenden Bestimmungen dem Handelsminister vorgelegen hätten; eigentlich müßten sie auch dem Staatsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Redner schließt: Wir müssen abwarten, was im Reichstage in Sachen der Steuerreform geschieht und ob nicht dort der ablehnende Standpunkt aufgegeben wird; deshalb muß man auch der Commission genaue Berechnungen über die finanzielle Tragweite vorlegen. Wenn die Belästigungen bejaht werden, so ist eine einheitliche Regelung möglich sei; vor dem wird keine Befriedigung erreicht werden. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. Miquel: In Frankreich und Italien ist der Verkehr mit ganz anderen Steuern belastet. Wie Herr v. Eynern 24 Millionen ausrechnet will, ist mir nicht klar. Herr v. Eynern klagt auch über das Eindringen in die Privatverhältnisse; aber alles das, was die Vorlage enthält, ist ja geltendes Recht. Das Gesetz vom Jahre 1822 geht darin viel weiter. Die Correspondenzen sind heute schon stempelpflichtig, sobald sie als Beweis für Geschäfte dienen. Die Handelsgesellschaften begünstige ich gern, aber Steuerbefreiungen kann ich Ihnen nicht bewilligen, sie genießen ohnehin schon viele Vorteile von der Steuerreform.

Abg. Humann (Centr.) erklärt sich gegen die Vorlage, weil sie den Mittelstand und die Landwirtschaft belastet.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abgeordneten v. Eynern wird die Sitzung um 3/4 Uhr geschlossen.

## Deutschland.

Die Antisemiten und der Bund der Landwirthe.

Das antisemitische Gödter'sche „Volk“ ist natürlich ganz außer sich vor Freude über das Bekennnis der Versammlung des Bundes der Landwirthe zum praktischen Antisemitismus; denn sie jubelte, als Dr. Dertel von dem „schlürfenden Geräusche der jüdischen Plattfüße“ sprach! Erst im vorigen Jahr sei der Ausschluß der Juden beschlossen worden, „und diesmal war alles antisemitisch bis auf die Annochen.“

Nicht minder erfreut ist die Berliner „Tägliche Rundschau“. Das antisemitische Blatt schreibt:

„Erstreckt und in gewissem Sinne neu ist an der Versammlung ferner die schärfere Beleidigung der Judenteinschaft. Der große Schädling der ehrlichen deutschen Arbeit ist nun auch von dieser mächtigen Organisation der bürgerlichen Selbsthilfe erkannt und mit seinem rechten Namen genannt. Hier hat Freiherr v. Langen unter dem jubelnden Zuruf der Versammlung den Mut des offenen Wortes gefunden, nachdem schon vorher auch Herr v. Plötz sich nicht gescheut hatte, die Feinde des Bundes mit dem rechten Namen zu nennen. Kommen wir aber erst so weit, daß wir jeden Anhänger des Bundes der Landwirthe ohne weiteres auch als einen erklärten und willensenschlössenen Feind des Judentums ansprechen können, dann werden die Staatsbürger der Gleichberechtigung vom Jahre 1869 bald wieder Schuhbefohlene sein und in diesem Stande dem Deutschen manche Beschränkung ersparen, an der er jetzt z. B. im Gerichtsaal sich vergeblich erbittet.“

Nun — jedenfalls eine weitere Alarung auch nach dieser Richtung.

\* Berlin, 20. Februar. Eine bedeutsame Nachricht ist heute aus Paris hier eingetroffen. Sie lautet: „Der französische Ministerrat hat beschlossen, daß, wenn der deutsche Reichstag höhere Prämien für die Ausfuhr von Zucker bewilligt, die französische Regierung unverzüglich Maßnahmen treffen wird, um die Wirkungen dieser Prämien auf den französischen Markt aufzuheben.“

\* Über die Besichtigung der Armeeconservenfabrik und der Arbeiterkolonie in Haselhorst bei Spandau durch Reichstagsabgeordnete erfährt die „Post“ folgende Einzelheiten:

Es beteiligten sich an der Fahrt 36 Abgeordnete aller Fraktionen. Die Sozialdemokraten hatten mehrere Abgeordnete zu der Besichtigung entsandt. Es wurde vor den Augen der Abgeordneten ein Ochse geschlachtet und das Fleisch zubereitet, bis es in den Blechbüchsen zum Versand bereit stand. Ebenso wurde bei den Gemüseconserven der Prozeß der Zubereitung in allen seinen Phasen vorgeführt. Nachdem hierauf auch der Klempner, der Küstenschmiederei und den Dorratsräumen ein Besuch abgestattet war, wurde den Abgeordneten in dem Arbeiterraum Gelegenheit gegeben, die Fabriken zu kosten. Der Eindruck des Etablissements auf die Reichstagsmitglieder war offenbar ein sehr günstiger; denn der Aufenthalt in der Fabrik dehnte sich weit über die programmäßige festgesetzte Zeit aus. Die Abgeordneten begaben sich nun nach der Arbeiterkolonie Haselhorst und nahmen mit lebhaften Interessen die verschiedenen Typen der Arbeiterwohnsätzen, der Zwei-, Drei- und Achtfamilienhäuser in Augenschein. Ebenso wurden alle Wohlfahrtsseinrichtungen, das Mädchensheim u. s. w. sorgfältig besichtigt und auch die einzelnen Abteilungen der ebenfalls im Betrieb vorgeführten Munitionsfabrik noch besucht. Alle Abgeordneten, selbst die Sozialdemokraten, äußerten wiederholt ihre Anerkennung über diese Organisation.

\* [Gewerbe- und Berufszählung.] Die Reichstagscommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfes, betreffend die Gewerbe- und Berufszählung 1895, hat die Vorlage in zweiter Lestung mit den befohlenen Zusätzen, der Berufs- und Gewerbezählung eine Volkszählung in demselben Jahre folgen zu lassen, angenommen, und noch eine Resolution gefasst, der Bundesrat solle es den Landesregierungen überlassen, gewisse Zusatzfragen über die Verhältnisse der Arbeitgeber zu stellen.

\* [Antisemitischer Uebereifer.] Am Sonnabend entnahm die „Kreuztg.“ mit großem Begeisterung der „Conf. Corresp.“ einen Artikel über die vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf den vier Kindern des dortigen Sanitätsrathes Dr. Josephson erhellte Genehmigung, den Namen Möllhausen annehmen und führen zu dürfen. Aus den Bemerkungen der beiden Blätter geben wir nur die beiden ersten Sätze des Artikels wieder:

„Es will fraglich erscheinen, ob die rechtmäßigen Eigentümer des Namens Möllhausen, der in Deutschland einen besonders guten Ruf hat, mit der Verleihung desselben an eine jüdische Familie, die ihres alten Familiennamens überdrüssig geworden ist, einverstanden sind. Unseres Erachtens darf doch dem Verlangen eines Juden nach einem „langvollen“ Namen nicht so ohne Weiteres stattgegeben werden.“

Jetzt sieht sich die „Kreuztg.“ genötigt, einer Zuschrift des Geh. Oberregierungsraths v. Wödke aus dem Reichsamt des Innern Raum zu geben, in welcher Folgendes festgestellt wird: 1) der Sanitätsrat Dr. Josephson ist der evangelische Sohn eines evangelisch-lutherischen Pastors streng positiver Richtung, der früher Seminar-Director und Prediger in Köslin gewesen ist und Herrn v. Wödke selbst eingezogen hat. 2) Dr. Josephson war verheirathet mit einer Tochter des verstorbenen Justizrats Möllhausen in Köslin. Ihr einziger Bruder ist Geh. Ober-Regierungs- und vortragender Rath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten und kinderlos. Mit ihm und seiner Mutter, also der Großmutter der Kinder, ist die Namensänderung vereinbart worden, auch die übrigen näheren Verwandten haben sich damit einverstanden erklärt.

Hieraus geht hervor, daß die „Conf. Corresp.“ und nach ihr die „Kreuztg.“ in ihrem antisemitischen Uebereifer ohne jede Prüfung, lediglich, weil der Name auch bei jüdischen Familien vorkommen kann, eine christliche Familie als jüdische betrachtet und geschmäht haben. Es ist diesnamenlich bei der „Kreuztg.“ um so auffallender, als es noch heute in den westlichen Provinzen evangelische Geistliche dieses Namens gibt, die gerade bei den der „Kreuztg.“ am nächsten stehenden religiösen Parteien sehr angehören sind. Es ist auch nicht das erste Mal, daß der „Kreuztg.“ so etwas passirt ist.

\* Die Eisenbahnen und die Schlagfertigkeit des Heeres. Die mögliche schnelle Mobilisierung und rascher Aufmarsch der Feldarmee sind die ersten Erfordernisse, welche die Schlagfertigkeit bedingen. Der rasche Truppen- und Materialtransport hängt wieder direct von der Anzahl der verfügbaren Transportmittel ab. Eine Zusammenstellung derselben ergibt für Deutschland rund 15 000, Österreich 6000, Italien 4000 Lokomotiven, zusammen 25 000 Lokomotiven. Russland 8500, Frankreich 10 000, zusammen 13 500 Lokomotiven. Es ist demnach leicht ersichtlich, daß minder erfreut ist die Berliner „Tägliche Rundschau“. Das antisemitische Blatt schreibt:

\* Die Eisenbahnen und die Schlagfertigkeit des Heeres. Die mögliche schnelle Mobilisierung und rascher Aufmarsch der Feldarmee sind die ersten Erfordernisse, welche die Schlagfertigkeit bedingen. Der rasche Truppen- und Materialtransport hängt wieder direct von der Anzahl der verfügbaren Transportmittel ab. Eine Zusammenstellung derselben ergibt für Deutschland rund 15 000, Österreich 6000, Italien 4000 Lokomotiven, zusammen 25 000 Lokomotiven. Russland 8500, Frankreich 10 000, zusammen 13 500 Lokomotiven. Es ist demnach leicht ersichtlich, daß minder erfreut ist die Berliner „Tägliche Rundschau“. Das antisemitische Blatt schreibt:

würden. Doch kommt es nicht allein auf die vorhandenen Fahrzeuge an, sondern auch sehr wesentlich auf den vorhandenen Stab von tüchtig geschulten Eisenbahnbeamten. Aber auch nach dieser Hinsicht brauchen die Dreibundstaaten wohl keine Besorgniß zu haben, obgleich die russischen wie die französischen Eisenbahnbeamten teilweise sehr tüchtige und unerschrockene Elemente aufzuweisen haben.

## Australien.

\* Aus Honolulu kommen weitere Nachrichten über den Prozeß gegen die royalistischen Verschwörer. Die Egönigin erklärte im Verlaufe der Verhandlungen, daß sie in keiner Weise der revolutionären Erhebung Vorschub geleistet oder auch nur um diese gewußt habe. Wäre das der Fall gewesen, so würde sie den Australsischen abgerathen haben. Sie könnte das Gericht nicht für zuständig betrachten. Der Kapitän des Dampfers „Waimeaalo“ gab zu, daß er sich des Hochverrats schuldig gemacht habe, indem er Waffen von den Vereinigten Staaten nach Hawaii brachte. Das Gericht hat bis jetzt 65 Angeklagte verhört. Davon sind 62 verurteilt worden. Zwei sind freigesprochen worden, während das Urteil über die Königin noch aussteht. Hinrichtungen haben noch nicht stattgefunden. Mr. Walker, der Eigentümer des Dampfers „Norma“, der es hielt, Waffen von Vancouver gebracht hat, darf die Insel nicht verlassen. Jetzt lautet die Anklage, daß er Opium eingeführt habe. Walker hat bei dem britischen Generalconsul Hawes Verwahrung eingelegt.

## Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

### Centrum und Antrag Ranitz.

Berlin, 20. Februar. Freiherr v. Schorlemers Alst erklärte sich auf dem westfälischen Provinzial-Landtag dieser Tage gegen den Antrag Ranitz und sprach die Hoffnung aus, daß alle staatsverhaltenden Elemente sich zusammenschließen würden, um den Antrag zurückzumeisen, der einzig und allein der Sozialdemokratie die Wege bahnen würde.

### Steuer- und Wirtschaftsreformer.

Berlin, 20. Februar. Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer nahm heute einstimmig eine Resolution an, worin



# Danziger Kirchenbau-Lotterie.

Ziehung bestimmt den 15. März d. J.

1. Hauptgewinn: Ein silberner Tafelservice für 24 Personen i. W. von 3000 Mark.
2. Hauptgewinn: Ein silberner Tafelaufschlag in Gestalt des Neptunbrunnens und zwei silberne Armleuchter im Werthe von 1500 Mark.
3. Hauptgewinn: Eine kunstvoll gearbeitete Uhr in Gestalt des Danziger Rathauseturms im Werthe von 700 Mark.

Loose à 1 Mark, 11 Loose für 10 Mark

vorräthig beim Hauptvertrieb

Theodor Bertling, Gerbergasse Nr. 2,  
und bei den Verkaufsstellen: Expedition der Danziger Zeitung, Carl Feller junior, Jopengasse, Herm. Lau, Langgasse, Carl Peter, Makuscheagasse, Gabriel u. König, Langgasse, Gustav Döll Nachbar, Gerbergasse, F. Haeser, Kohlenmarkt, A. Mener, Siegengasse, A. Reiß, Langenmarkt, Gustav Schoenrich, 4. Damm, Paul Zacharias, Hunde-gasse, sowie bei sämtlichen Juwelierein und zahlreichen durch Plakate kennlichen Verkaufsstellen. (3158)

# Grosse Badische Geld-Lotterie

zur Restaurierung des Freiburger Münsters.

Ziehung am 15. und 16. März 1895.

3234 Geld-Gewinne.

Hauptgewinne:

50 000, 20 000, 10 000 Mk.

ohne jeden Abzug in Berlin, Hamburg und Freiburg i. Baden zahlbar.

Original-Loose à 3 M., 11 Loose für 30 M., Porto und Liste 30 Pf. (für Einschreiben 20 Pf. extra) empfiehlt und versendet auch gegen Nachnahme das Bankgeschäft

Berlin W., Hotel Royal, Unter d. Linden 3.

In Danzig bei Carl Feller junior, Jopengasse 13 und Herm. Lau.

## Kontinen-Bepachtung.

Das Bataillon beabsichtigt den Kontinentalspiel im Kaserne zu verpachten. Die Bedingungen liegen im Schätzraum des Bataillons aus und können gegen Einladung von 70 Pf. Abschriftgebühren bezogen werden. Angebote sind an das unterzeichnete Kommando zu richten.

Strasburg Wehr., den 15. Februar 1895.

Commando des III. Bataillons Infanterie-Regiments. Nr. 141.

## Auctionen!

### Auktion.

Gsonnabend, den 23. d. Mts., Vorm. 11 Uhr, werde ich im Auktionslokal des Herrn Collet, Altstadt, Graben 108, im Wege der Zwangs vollstrengung.

Öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Wilh. Harder, Gerichtsvollzieher in Danzig, Altstadt, Graben 58. (3510)

## Vermischtes.

### General-Versammlung

der Curatoren der Heil- u. Viege- alitäts für Epileptische zu Carls hof bei Rastenburg nach § 22 des Statuts.

Montag, den 25. Februar, Nachmittags 5 Uhr, im Hotel Lulewitz in Rastenburg.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes pro 1894/95.

2. Aufstellung des Etats pro 1895/96.

3. Prüfung der Jahres-Rechnung pro 1893/94.

4. Wahl für 4 laut § 8 des Statuts ausscheidende Vorstandsmitglieder und für ein verstorbene Vorstands-Mitglied.

5. Statutenänderung.

6. Anträge aus der Versammlung.

Der Vorstand.

Obermarschall Graf zu Eulenburg-Brassen. (3055)

## Heute Sammelladung

nach Königsberg, Tilsit,

Insterburg,

Schmiden.

Emil Berenz.

## Lotterie.

Bei der Expedition der „Danziger Zeitung“ sind folgende Lose häuslich zu erwerben:

Königsberger Pferde-Lotterie, Ziehung am 22. Mai. Los zu 1 Mk.

Lotterie der Kinderheilstätte zu Salzungen, Ziehung am 7.-9. März. Los zu 1 Mk.

Freiburger Münster-Lose, Ziehung am 15. u. 16. März. Los zu 3 Mk.

Gießener Pferde-Lotterie, Ziehung am 14. Mai. Los zu 1 Mk.

Expedition der „Danziger Zeitung“.

## Offene Stellen

### in der Landwirtschaft

bringt jede Nummer des „Land-

wirtschaftlichen Anzeigers für

Ost-Deutschland“ in Mährungen

Dr. Einzelne Nummern 10 Pf.

Abonnements für Mär-

20 Pf. bei allen Postämtern.

### Specialität:

Chevrons u. Kammerar-

verarbeitet direkt an die

Privatkundschaft

reichhaltige Muster-

Collection der im

Tragen zwölfar-

farbige Fabrikate,

grau

und

braun.

Leistung.

Anerkannt

gültigste und beste

Bezugsquelle

direct von Fabrikplatz.

Rheinische Tuch-Niederlage

in Aachen

leistet.

versandt.

</div